

März 2024 | Nachrichten des Bundes der Steuerzahler in Schleswig-Holstein

Höhere Einnahmen und mehr Schulden

Haushaltsentwurf der Landesregierung belastet die künftigen Generationen

Schleswig-Holsteins Landesregierung hat einen Haushaltsentwurf für 2024 vorgelegt, der Ende März vom Landtag beschlossen werden soll. Fast 900 Millionen Euro sollen aus zusätzlichen Krediten und der Auflösung von Rücklagen gedeckt werden. Damit werden künftige Generationen weiter belastet.

16,9 Milliarden Euro betragen die geplanten bereinigten Ausgaben, 16,0 Milliarden sind als Einnahmen vorgesehen. Die Differenz soll durch Kredite und Rücklagenauflösung finanziert werden. Aus den Überschüssen vergangener Jahre fließen rund 112 Millionen Euro in den neuen Landeshaushalt. 130 Millionen Euro können nach der bestehenden Stabilitätsregel aufgenommen werden, weil sich die konjunkturellen Daten verschlechtert haben. Den größten Ausgleichsposten stellt aber ein neuer Notkredit in Höhe von 644 Millionen Euro dar. Begründet wird er mit krisenbedingten Mehrausgaben, die sich aus den Folgen der Corona-Pandemie, des Ukrainekrieges und der Energiekrise zusammensetzen. Bedenklich stimmt, wofür dieses

Geld ausgegeben werden soll: Rund 137 Millionen Euro sind für die Ansiedlung der Batteriefabrik Northvolt in Dithmarschen eingeplant. Mit Krisenbewältigung hat dieses überhaupt nichts zu tun, allenfalls mit Zukunftsgestaltung. Das gleiche gilt für 85 Millionen Euro, mit denen in der Folge der Corona-Pandemie die Infrastruktur gestärkt werden soll. Auch dieses ist eine Zukunftsinvestition und keine Krisenbewältigung.

Ähnliches gilt auch für andere Verwendungszwecke des Notkredits: Für Cyber-Sicherheit, Digitalisierung und künstliche Intelligenz werden 25 Millionen Euro ausgegeben, 39 Millionen Euro fließen in Personalausgaben für Lehrkräfte und den Hochschulbetrieb. 166 Millionen Euro Ausgaben sind für Eingliederungshilfe und Sozialhilfe geplant. Neu- und Erweiterungsbauten, Hochbaumaßnahmen sowie Miet- und Bewirtschaftungskosten von Liegenschaften sollen „krisenbedingt“ mit 83 Millionen Euro Notkrediten finanziert

werden. Allenfalls die 109 Millionen Euro für Wohngeld und Herichtung von kommunalen Unterkünften kann man eventuell noch durch den Flüchtlingszustrom begründen. Aber auch hier stellen Kritiker die Frage, ob die Flüchtlinge wirklich krisenbedingt zu uns einreisen und ob es nicht alternative Möglichkeiten gibt, den Flüchtlingsstrom zu begrenzen.

Bedenklich stimmt die Wortwahl der Landesregierung bei der Vorstellung des Entwurfes. Ministerpräsident Daniel Günther sprach von multiplen Krisen, die große Herausforderungen mit sich bräch-

ten. Finanzministerin Monika Heinold erklärte sogar, der Haushalt 2024 sei der bislang schwierigste in ihrer Amtszeit, weil die Jahre der Krisen ihre Spuren hinterlassen hätten. Wenn so gesprochen wird, denken oberflächliche Beobachter schnell an sinkende Einnahmen und Haushaltslöcher. Doch tatsächlich plant die Landesregierung mit steigenden Einnahmen von immerhin 1,6 Prozent in einem „Krisenjahr“. Aus Sicht der Politik besteht die Krise also darin, dass die

noch im Koalitionsvertrag erhoffte weitere Einnahmesteigerung ausbleibt und deshalb nicht mehr alle politischen Wünsche erfüllt werden können.

Ausbaden müssen das künftige Generationen, denn sowohl Notkredite als auch konjunkturelle Kreditaufnahmen müssen zurückgeführt werden. Die künftigen Haushaltsjahre werden also deutlich enger bei einem allgemein steigenden Zinsniveau. Eine große Hypothek auf die Zukunft ist auch der weitere Anstieg der Landesbediensteten: Es sollen 545 zusätzliche Stellen geschaffen werden, sodass es dann insgesamt rund 54.000 Beamte und Angestellte des Landes Schleswig-Holstein geben wird. Die wollen alle bezahlt werden und künftig auch eine angemessene Altersversorgung erhalten.



Zum Haushaltsausgleich werden Rücklagen geplündert und neue Schulden aufgenommen.
Foto: Bilderbox.com

Rainer Kersten

rainer.kersten@steuerzahler.de

Die Plagen mit den Nagern im Land

Die einen will man unbedingt erhalten, die anderen sollen bitte verschwinden

Für den Weiterbau der Autobahn A 20 bei Bad Segeberg müssen 300 Haselmäuse umziehen. Ganz anders an der Nordsee: Hier kämpfen die Umweltschützer gegen die Wanderratte, die die Brut von Seevögeln vernichtet. Teuer werden beide Nagetiere für die Steuerzahler.

Wer in Deutschland im großen Stil bauen will, muss zuvor Umweltverträglichkeitsprüfungen vorlegen und Eingriffe in die Natur an anderer Stelle mehr als ausgleichen. Derzeit bereitet die Bundesplanungsgesellschaft Deges bei Bad Segeberg den Weiterbau der Autobahn 20 vor. Auf dem knapp zehn Kilometer langen Abschnitt von Weede bis Wittenborn werden nach den Planungen rund 43 Hektar Fläche versiegelt. Dafür werden an anderer Stelle insgesamt 360 Hektar Ausgleichsflächen geschaffen. Das schließt zahlreiche Grünbrücken und Öko-Tunnel unter der Autobahn ebenso ein, wie Überflughilfen für Fledermäuse vom Segeberger Kalkberg. Die Planer rechnen damit, dass Umweltschutzmaßnahmen etwa zehn Prozent der Baukosten ausmachen. Das ist für diesen Abschnitt ein hoher zweistelliger Millionenbetrag. Besonderes Augenmerk haben die Umweltplaner auf die hier lebenden Haselmäuse gelegt. Zunächst wurde entlang der geplanten Trasse ein Streifen von jeweils 300 Metern Breite begutachtet. Darin wurden die Knicks, in denen sich die Haselmäuse besonders wohlfühlen, mit kleinen Holzboxen bestückt. Das macht es den Naturschützern möglich, die kleinen und scheuen Nagetiere zu zählen. Insgesamt schätzt man den Bestand auf etwa 300 Tiere, der nach EU-Recht streng geschützten Art.

Vor Baubeginn sollen nach Möglichkeit alle Haselmäuse umgesiedelt werden. Dazu werden abseits der geplanten Trasse neue Hasel- und Schlehen-Knicks angelegt, bestehende Lebensräume durch Pflanzungen aufgewertet, um so ideale Lebensbedingungen zu schaffen. Dann werden die Mäuse in Nisthöhlen gelockt, mit denen sie anschließend umquartiert werden können. Biologen werden überwachen, dass die Bauarbeiten erst beginnen, wenn alle Nistkästen in dem Bereich dreimal leer sind. Allein für die Umsiedlung der Haselmäuse rechnen die Experten mit Kosten von fast 1 Million Euro. Die Möglichkeit, dass sich die Tiere selbstständig einen neuen Lebensraum suchen, wenn ihnen der Baulärm zu nahe rückt, wird bei den Planungen nicht berücksichtigt.

Kritische Steuerzahler erinnern sich an die misslungene Umsiedlung von Kreuzottern für die Erweiterung des Nord-Ostsee-Kanals. Vor gut 15 Jahren errichteten Biologen Ersatz-Reservate für die seltenen Schlangen, die an der Nordseite in der Kanalböschung lebten. Sie wurden eingefangen und umgesiedelt, um die Art zu

erhalten. Heute sind die Arbeiten immer noch nicht zum Abschluss gekommen, die Schlangen aber alle aus dem Reservat entwichen. Entweder fanden sie einen Durchschlupf oder sie wurden vom Seeadler gefressen. Dafür gibt es wieder eine dichte Population an der Sonnenseite der Kanalböschung – trotz der Baumaßnahmen.

Ganz andere Probleme mit Nagetieren haben die Umweltschützer an der Westküste Schleswig-Holsteins. Die Wanderratte ist im 18. Jahrhundert aus Ostasien nach Europa gekommen und hat sich jetzt bis ins Wattenmeer ausgebreitet. Besonders gut gefällt es den Nagetieren auf der Hallig Hooge, weil diese durch den Sommer-

deich nur selten überflutet wird. Gern fressen die Nagetiere die Gelege der Seevögel, die im Küstenbereich brüten. Stellenweise gehen dadurch seit 2021 mehr als ein Drittel aller Eier verloren. Selbst Schleswig-Holsteins Umweltminister Tobias Goldschmidt ist alarmiert und warnt vor einer besorgniserregenden Entwicklung. Die Lage auf den Halligen und den Außenstränden im Wattenmeer sei dramatisch, bestätigen Ornithologen. Sie haben mit einem Projekt zur nachhaltigen Bekämpfung der Wanderratten begonnen.



Die niedliche Haselmaus muss umziehen.
© Wikipedia / Emanuele Santarelli

Dazu wurden mit Nutella bestrichene Fresshölzer ausgelegt, um die Erdbaue aufzuspüren. 150 mit Schokolade bestückte Fallen wurden aufgestellt, die per Schlagbolzen bis zu 24 Tiere töten können. So habe man im letzten Jahr rund 800 Tiere erwischt, berichtet der Projektleiter. Dennoch sei die Rattenpopulation nicht spürbar zurückgegangen. Die Nagetiere sind sehr anpassungsfähig, können schwimmen und sogar tauchen. Auf den Halligen und den Inseln Föhr und Pellworm schätzt man den Bestand inzwischen auf mehrere 10.000 Tiere, die sich bei entsprechendem Nahrungsangebot kräftig vermehren. Die Vogelschützer hoffen auf kräftige Sturmfluten mit mehrtägigem Landunter. Ohne die Hilfe der Natur sei man ansonsten gegen die Nagetiere machtlos.

Die Kosten für die professionelle Rattenbekämpfung sind bislang noch nicht bekannt. Doch die Steuerzahler ahnen, dass es nicht billig werden wird. Schließlich ist der Einsatz von Schädlingsbekämpfern gegen Ratten schon im häuslichen Umfeld ein erheblicher Kostenfaktor.

Rainer Kersten
rainer.kersten@steuerzahler.de

Priorität Fahrrad

Fragwürdige Straßensanierung

Für Fahrradfahrer ist der Landeshauptstadt Kiel nichts zu teuer. Den Eindruck kann man gewinnen, wenn man sich die Unterhaltung der Fahrradstraßen genauer ansieht.

Kiel möchte nicht nur Deutschlands Seegelhauptstadt sein, sondern auch führend beim Ausbau des Fahrradverkehrs. Ein Mittel dazu ist ein dichtes Netz von Fahrradstraßen und Velorouten. Grundsätzlich ist es durchaus sinnvoll, in einer Stadt mit rund 30.000 Studierenden den Fahrradverkehr zu ordnen und zu fördern. Fahrräder können einen guten Teil des innerstädtischen Mobilitätsbedarfs abdecken und damit zum Klimaschutz und der Verkehrswende beitragen. Doch auch hier gilt es, die Verhältnismäßigkeit zu beachten.

Mit einem dichten Netz von Fahrradstraßen und Velorouten versucht man in Kiel, die Fahrradverkehre zu bündeln und abseits der Hauptverkehrsstraßen zu führen. Verkehrsrechtlich handelt es sich bei der Fahrradstraße um einen Radweg, der allerdings für den übrigen Verkehr freigegeben werden kann. Damit haben Fahrradfahrer keine Vorfahrt, sie dürfen aber nebeneinander fahren, der übrige Verkehr ist auf 30 km/h begrenzt und muss auf die Fahrradfahrer Rücksicht nehmen. Üblicherweise werden in Kiel dazu Wohnstraßen umgewidmet, das Straßenprofil verengt und die Fahrbahn asphaltiert, um die Fahrräder gut rollen zu lassen.

Als eine der ersten Fahrradstraßen in Kiel wurde vor rund 25 Jahren die Gerhardstraße neu hergerichtet. Diese führt parallel zur Hauptverkehrs- und Einkaufsmeile Holtenauer Straße und ermöglicht es Fahrradfahrern damit, diese stark befahrene Straße zu meiden. Mit Ausnahme weniger Kreuzungen ist die Gerhardstraße vorrangberechtigt ausgebaut worden. Sie wird von sehr vielen Fahrradfahrern gerne und intensiv genutzt.

Doch auch diese rieben sich verwundert die Augen, als im Herbst 2023 große Bauma-



Sanierte Fahrradstraßenkreuzung in Kiel.

schinen anrollten, um den Fahrbahnbelag zu erneuern. Sichtbare Schäden, Risse im Belag oder gar Schlaglöcher waren noch niemandem aufgefallen. Dennoch wurden etwa 400 Meter Straße neu asphaltiert. Sanierungskosten: Rund 120.000 Euro.

Auf Nachfrage erklärte das Tiefbauamt der Landeshauptstadt, dass alle Straßen regelmäßig im Rahmen der Zustandserfassung von einer Ingenieurgesellschaft bewertet werden. Dabei sollen in der Fahrradstraße großflächige Mikrorisse, Rissbildungen und Ausmergelungen dokumentiert worden sein. Dies habe zur Bewertung mit der Zustandsnote 4 geführt. Infolgedessen sei die Sanierung in die Prioritätenliste aufgenommen worden.

Bei den Fräsarbeiten wurde auch die Roteinfärbung einer Kreuzung beseitigt, die erst wenige Monate zuvor aufgebracht worden war. Grund war die Feststellung, dass es an dieser Kreuzung besonders häufig zu Vorfahrtsunfällen gekommen ist. Deshalb sollte zur besseren Wahrnehmung der gesamte Bereich rot eingefärbt sein. Nach den Asphaltierungsarbeiten musste die Rotfärbung erneuert werden. Dieses führte zu zusätzlich vermeidbaren Kosten von 3.000 Euro.

Kenner des Kieler Straßennetzes wundern sich darüber, wie eine Asphaltstraße mit Mikrorissen zu einer Zustandsnote 4 kommen kann, wo doch andere Straßen in Kiel massive Schlaglöcher, Absenkungen, verfüllte Straßenbahnschienen und ungleichmäßig verlegtes Kopfsteinpflaster aufweisen. Die Erklärung findet man in den Details der Zustandsbegutachtung. So werden Straßen, die eine besondere Bedeutung für den Fahrradverkehr haben, getrennt von den übrigen Verkehrswegen begutachtet.

Für sie gibt es eigene Haushaltsmittel und folglich auch eine eigene Prioritätensetzung. Die Ratsversammlung hat beschlossen, dass für den Fahrradverkehr genauso viel Geld ausgegeben werden soll wie für den Autoverkehr. Ein Fahrradweg ist aber günstiger zu bauen als ein Kilometer Autostraße. Und so kommt es, dass relativ junge und gut erhaltene Fahrradstraßen regelmäßig saniert werden, während die übrigen Verkehrswege einen jahrzehntelangen Sanierungsrückstau aufweisen. Statt einer neuen Fahrbahn gibt es dann Verkehrszeichen und Geschwindigkeitsbeschränkungen, die auf den desolaten Zustand hinweisen.

Die einseitige Prioritätensetzung zugunsten des Fahrradverkehrs wird zunehmend kritisch gesehen. Selbst passionierte Radfahrer halten mittlerweile die Straßenerhaltung für vollkommen unverhältnismäßig. Denn nur selten kommt man auf der Fahrradstraße direkt an sein Ziel. Fast immer muss man abbiegen auf einen anderen Weg, der mit dem Fahrrad kaum befahrbar ist. Außerhalb der Fahrradstraßen ist es in Kiel also tägliche Praxis, dass Fahrradfahrer auf den Gehwegen fahren, um keine Schäden in Schlaglöchern zu erleiden.

Neben der Straßensanierung stößt auch die Zahl der Fahrradbügel übel auf, die in Kiel sprichwörtlich wie Pilze aus dem Boden wachsen. Unverständnis gab es vor allem für die 750 Fahrradbügel die rund um das Holstein-Stadion errichtet worden sind – für nicht einmal 20 Heimspiele pro Jahr. Doch damit noch nicht genug: Die Stadt sucht aktuell nach Standorten für noch einmal die gleiche Zahl von Fahrradständen in der Umgebung.

Rainer Kersten
rainer.kersten@steuerzahler.de

Blick durch das Land



Bei großen Teilen der demonstrierenden Landwirtschaft geht es nicht um einige Cent mehr oder weniger für die Dieselbesteuerung.

Haben Sie schon eine Haltung? Sind Sie gegen rechts, für den Klimaschutz, für die Unterstützung der Ukraine durch die NATO, stehen Sie an der Seite Israels und der jüdischen Mitbürger, sind Sie für eine bessere Integration von Flüchtlingen? Wenn ja, ist das gut so! Denn heutzutage muss man eine klare Haltung haben. Das sagen uns zumindest die Politiker und Medien.

Noch besser ist es, wenn man seine klare Haltung auch offen zeigt. Das kann man durch die Beteiligung an Demonstrationen oder – vor allem als Politiker – in Talkshows und Interviews in den Medien. Natürlich ist es gut, wenn jeder von uns für sich selbst weiß, wofür oder wogegen er ist. Seine eigene Position darf man auch gerne kundtun. Solange alles auf dem Boden unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung bleibt und die einschlägigen Gesetze eingehalten werden, sind öffentliche Demonstrationen ein gutes Mittel, die eigene Meinung kundzutun.

Doch bei vielen Politikern und auch Medienvertretern gibt es offenbar ein großes Missverständnis: Eine klare Haltung ist wichtig, aber sie ersetzt keine konsequente Politik! Wer Probleme lösen will, muss handeln! Doch das Handeln ist für Politiker nun mal schwieriger als einfach nur eine Meinung zu äußern. Denn zum Handeln gehört es auch, sich differenziert mit den Problemen auseinanderzusetzen. Da gibt es nicht immer nur Ja oder Nein, richtig oder falsch. Oft muss ein Interessenausgleich gefunden werden, der manchmal schwierig und langwierig ist und vor allem Fachkompetenz erfordert.

In den letzten Wochen gehen viele Menschen in Deutschland wieder auf die Straße und zeigen Haltung bei Demonstrationen mit einer klaren Forderung an die Politik: Große Teile der Gesellschaft sind es leid, dass in der Politik und in den Medien über die Probleme immer nur geredet wird und dass jeder dazu seine Meinung sagt. Gefragt sind aber konkrete Lösungen für die tatsächlichen Probleme, die auf dem Tisch liegen.

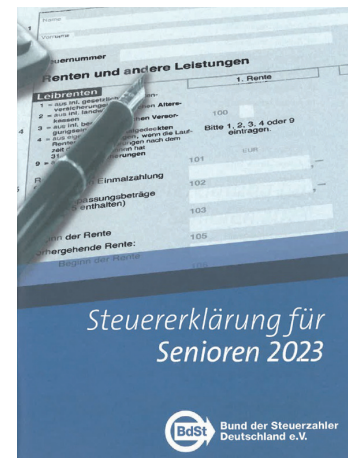
Sondern es geht darum, dass die Politik von der Landwirtschaft einen Strukturwandel fordert, für den es an den Rahmenbedingungen fehlt. Wer mehr Öko-Landbau, Tierwohl und weniger Stoffeinträge in den Boden will, muss dafür sorgen, dass der Bauer, der dieses umsetzt, wirtschaftlich erfolgreich arbeiten kann. Immer mehr Bürokratie, Dokumentation und repressive Kontrollen helfen dagegen nicht bei dem notwendigen Strukturwandel.

Auch das Transportgewerbe meldet sich mit berechtigten Forderungen zu Wort. Immer höhere Abgaben, kleinteiligere Vorschriften und eine massive Anhebung der Autobahn-Maut machen den Straßenverkehr immer teurer. Doch gleichzeitig fehlt es an Investitionen in die Straßenerhaltung, an Parkplätzen für Lkw, um die vorgeschriebenen Ruhepausen einzuhalten, und an akzeptablen sanitären Verhältnissen auf den Rastplätzen. Politiker wollen das Transportvolumen auf die Schiene und das Schiff verlagern, doch schaffen es weder die Eisenbahn noch die Wasserstraßen leistungsfähig auszubauen.

Pendler waren genervt von den Streiks der Lokführer und Busfahrer. Doch auch sie machen zurecht darauf aufmerksam, dass politische Haltung und Realität immer weiter auseinanderklaffen: Es geht gar nicht in erster Linie um Geld, sondern um attraktive Arbeitsbedingungen. Wer es ernst meint mit seiner Haltung zur Verkehrswende, muss dafür sorgen, dass die Busfahrerin an der Endhaltestelle eine saubere Toilette vorfindet und der Lokführer einen verlässlichen Fahrplan hat, um danach sein Familienleben planen zu können. Eine klare Haltung zu umweltfreundlichen Verkehrsmitteln reicht nicht, wenn man kein Personal findet.

Vielleicht haben die Demonstrationen und Streiks mit ihrer klaren Haltung etwas Gutes: Hoffentlich merken die Politiker jetzt, dass es nicht ausreicht, nur eine Meinung zu haben, sondern dass man auch an Problemlösungen täglich arbeiten muss. Und vielleicht fordern die Medien künftig genau das stärker von den Politikern ein.

Steuererklärung für Senioren



Die Zahl der Rentner und Pensionäre steigt, die eine Steuererklärung abgeben müssen. Mit diesem kleinen Ratgeber will der Bund der Steuerzahler den betroffenen Senioren eine Hilfestellung geben. Der aktuelle Ratgeber „Steuererklärung 2023 für Senioren“ kann ab sofort beim Nord-Kurier angefordert werden. Besonders wertvoll ist die Ausgabe für alle steuerpflichtigen Rentenbezieher. Die Broschüre kann gegen eine Schutzgebühr von 3,00 Euro (inklusive Mehrwertsteuer und Versand) angefordert werden beim:

NORD-KURIER Verlag und Werbe GmbH
Lornsenstraße 48, 24105 Kiel,
Tel. 0431/990165-0, Fax 0431/990165-11
Schleswig-holstein@steuerzahler.de

Mit der Broschüre erhalten Sie eine Rechnung.

Impressum

Herausgeber: Bund der Steuerzahler Schleswig-Holstein e.V., www.steuerzahler-sh.de

Redaktion: Rainer Kersten, Lornsenstr. 48, 24105 Kiel, Tel. 04 31/99 01 65-0, Fax 99 01 65-11, E-Mail: schleswig-holstein@steuerzahler.de

Verlag: BdSt Steuerzahler Service GmbH, Haus der Bundespressekonferenz, Schiffbauer Damm 40, 10117 Berlin

Verantwortlich: Roger H. Müller, Rainer Kersten

Erscheinungsweise: 10 x jährlich als Beilage von Der Steuerzahler

Auflage: 7.000, 53. Jahrgang, 3/2024

Anzeigenverwaltung: Nord-Kurier Verlag u. Werbegesellschaft mbH, Lornsenstraße 48, 24105 Kiel

Konzeption & Gestaltung: J. Holz, www.diegestalten.com, Mainz

Satz: LINE Media Agentur, Mail: info@linemedia.de

Druck & Versand: Dierichs Druck Media GmbH & Co KG, Frankfurter Straße 168, 34121 Kassel